



**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Frau Lohmann

Telefon: (0221) 221-24954

Fax: (0221) 221-28650

E-Mail: petra.lohmann@stadt-koeln.de

Datum: 06.09.2013

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Freitag, dem 26.07.2013, 13:10 Uhr bis 14:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Dr. Ralf Heinen SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

| | |
|-------------------------------|--|
| Herr Malik Karaman | SPD (in Vertretung für Herrn Dr. Heinen) |
| Frau Gonca Mucuk | SPD |
| Herr Frank Schneider | SPD |
| Frau Monika Bröhl | CDU (in Vertretung für Herrn Kienitz) |
| Herr Niklas Kienitz | CDU |
| Herr Dr. Nils Helge Schlieben | CDU |
| Frau Kirsten Jahn | Bündnis 90 / Die Grünen |
| Herr Lino Hammer | Bündnis 90 / Die Grünen (in Vertretung für Frau Rabenstein) |
| Frau Sylvia Laufenberg | FDP |
| Herr Oswald Pannes | Fraktion Die Linke. (in Vertretung für Frau Dr. Butterwegge) |
| Frau Monika Kleine | Sozialdienst katholischer Frauen |
| Herr Peter Krücker | Caritasverband, auf Vorschlag der CDU |
| Frau Christine Kupferer | Sportjugend Köln |
| Herr Michael van Dawen | SJD Die Falken |
| Frau Ulrike Volland-Dörmann | Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V. |

Stellvertretende, stimmberechtigte Mitglieder

Herr Wolfgang Scheiblich Sozialdienst katholischer Männer

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Thomas Weber Pro Köln
Herr Jörg Uckermann Pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Doris Rost Pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Lyudmyla Beysorina entsandt vom Integrationsrat
Frau Amalie Klein entsandt von der Seniorenvertretung der Stadt Köln

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe mit beratender Stimme

Herr Ulrich Bergmann Deutscher Kinderschutzbund
Frau Helga Blümel Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Kristin Goetze Kölner Jugendring e.V. (in Vertretung für Frau van Dawen)
Frau Christiane Lehmann Handwerkerinnenhaus Köln e.V.
Frau Frauke Mahr Mädchenhaus Köln e.V.
Herr Marc Ruda Deutsches Rotes Kreuz
Frau Regine Walter Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Herr Wolfgang Wirtz Evangelische Familienbildungsstätte
Frau Carmen Wöhler Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V. (MCD /HKS)

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein Dezernentin
Herr Klaus-Peter Völlmecke stellvertretender Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme

Herr Pfarrer Werner Völker Ev. Kirchengemeinde

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten:

Frau Renate Blum-Maurice Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Dr. Carolin Butterwegge Fraktion Die Linke.
Herr Armin Dappen Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Christopher Meier Bundesagentur für Arbeit
Herr Hans-Josef Saxler Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Frau Marianna Seyda Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Dr. Sabine van Eyck Gesundheitsverwaltung

Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen begrüßt alle Mitglieder, die Presse und die anwesenden Gäste zu der zweiten Sondersitzung zum Thema „Globalmittel“ (Vorlage 2117/2013).

Er teilt mit, dass der Rat in seiner Sitzung am 18.07.2013 Frau Svenja Rabenstein und Herrn Lino Hammer als neue Mitglieder für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in den Jugendhilfeausschuss bestellt habe. Eine Mitteilung hierüber werde es in der Jugendhilfeausschusssitzung am 24.09.2013 geben.

Herr Hammer ist in der heutigen Sitzung anwesend und wird in Vertretung für Frau Rabenstein an der Abstimmung teilnehmen. Verpflichtet wurde er bereits in der Ratsitzung.

Die Verwaltung bittet, aus gegebenem Anlass die Mitteilung „Eilentscheidungen des Verwaltungsgerichtes hinsichtlich der Vergabe von Kita- Plätzen“ als TOP 3 auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Außerdem liegt ein gemeinsamer Zusatz- und Änderungsantrag von CDU und FDP zum TOP "Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen - hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse" vor, der als TOP 2.1 zu behandeln ist.

Herr Dr. Heinen erklärt, dass die Fraktion Die Linke. ebenfalls einen Änderungsantrag angekündigt habe, dessen Inhalt Herr Pannes in Zusammenhang mit TOP 2 erläutern könne.

Die Fraktion Pro Köln hat einen Antrag auf eine aktuelle Stunde zum Thema „Autonomes Zentrum“ gestellt, welche zu Beginn der Sitzung, als TOP 0, durchzuführen ist.

Darüber hinaus hat die Fraktion Pro Köln drei Dringlichkeitsanträge zum Autonomen Zentrum sowie dem Jugendclub Courage vorgelegt. Der Ausschuss erkennt die Dringlichkeit dieser kurzfristig eingereichten Anträge an. Die Angelegenheiten werden im Anschluss an die von der Fraktion Pro Köln beantragte aktuelle Stunde behandelt.

Damit alle Formalia zur Beschlussfassung über die Anträge geregelt sind, werden noch vor TOP 0 (aktuelle Stunde) und TOP 0.1 bis 0.3 (Dringlichkeitsanträge) die Stimmzähler benannt (TOP 1).

Herr Dr. Heinen weist darauf hin, dass die zur Beschlussfassung stehende Vorlage 2117/2013 am 18.07.2013 vom Ausschuss Soziales und Senioren mehrheitlich ungeändert beschlossen wurde.

Er spricht bereits an dieser Stelle nochmals das Problem möglicher Befangenheiten in Zusammenhang mit der Vorlage „Globalmittel“ an und bittet alle Mitglieder, die sich in Besorgnis der Befangenheit sehen, sich nach Besprechung der drei Dringlichkeitsanträge der Pro Köln-Fraktion in den hinteren Teil des Sitzungssaales zu begeben. Damit sei optisch eine klare Abgrenzung gegeben zu allen Mitgliedern, die sich an der Beratung und Beschlussfassung beteiligen dürfen.

Herr Uckermann fordert, dass alle befangenen Mitglieder den Ratssaal verlassen, da bereits eine Beeinflussung durch bloße Anwesenheit denkbar sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt, dass Befangene Zuschauerplätze einnehmen sollen, was auch auf die hinteren Reihen des Saales zutreffe. Der anwesende Jurist vom Amt des Oberbürgermeisters, Herr Dr. Hänel, bestätigt dies.

Damit ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

I. Öffentlicher Teil

- 1 Benennung der Stimmzähler
- 0 **Antrag** der Fraktion Pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen "Autonomes Zentrum"
- 0.1 Antrag der Fraktion Pro Köln "Unverzögliche Räumung des autonomen Zentrums Köln Kalk"
- 0.2 Antrag der Fraktion Pro Köln "Zweckentfremdung von Haushaltsmitteln durch den Jugendclub Courage Köln e.V."
- 0.3 Antrag der Fraktion Pro Köln "Resolution gegen die Demonstration des Jugendclubs Courage Köln e.V."
- 2 **Beschlussvorlage:**
Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen
hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse
2117/2013
- 2.1 Gemeinsamer Zusatz- und Änderungsantrag der CDU- und FDP-Fraktion zum TOP "Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen - hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse"
AN/0986/2013
- 2.2 Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. zum TOP "Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen - hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse"
- 3 **Mitteilung:**
Eilentscheidungen des Verwaltungsgerichtes hinsichtlich der Vergabe von Kita-Plätzen
2580/2013

I. Öffentlicher Teil

1 Benennung der Stimmzähler

Stimmzähler in dieser Sitzung sind Frau Mucuk, Herr Pannes und Herr Dr. Schlieben.

0 Antrag der Fraktion Pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen "Autonomes Zentrum"

Der als **Tischvorlage** ausgeteilte Antrag der Fraktion Pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde wird zur Kenntnis genommen.

Herr Uckermann weist auf das Autonome Zentrum Köln Kalk als seit Wochen aktuelles Thema hin.

Er verdeutlicht, dass die dort lebenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen entgegen der Bezeichnung *nicht* „autonom leben“, sondern vielmehr im Wege einer widerrechtlichen Besetzung versuchen, sich einen rechtsfreien Raum zu schaffen. Es habe sich inzwischen eine bedenkliche, international agierende Kultur entwickelt, in der sich die Jugendlichen in Barrikaden- und Brandsatzbau sowie Widerstand gegen die Staatsgewalt erproben und jeglichen Kontakt zur Realität verlieren.

Gerade vor dem Hintergrund bereits erfolgter Begleitanschläge befürchtet Herr Uckermann einen dauerhaften Schaden in der Entwicklung dieser jungen Menschen, deren Eingliederung in die soziale Gesellschaft nicht mehr möglich sein werde, wenn man nichts gegen die Umstände vor Ort unternehme.

Er bittet daher um Aufklärung, ob und wie viele Jugendliche welchen Alters sich im AZ aufhalten, und welche Maßnahmen das Jugendamt zur Feststellung dieser Daten ergriffen habe. Die Fraktion Pro Köln möchte durch diese aktuelle Stunde die Verwaltung für die gefährlichen Zustände im AZ sensibilisieren.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der Ausschuss gibt den dargelegten Inhalt der aktuellen Stunde an die Verwaltung weiter.

0.1 Antrag der Fraktion Pro Köln "Unverzögliche Räumung des autonomen Zentrums Köln Kalk"

Herr Uckermann stellt den Dringlichkeitsantrag ausführlich vor.

Abstimmungsergebnis:

- keine Zustimmungen
- 14 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Enthaltungen

Einstimmig abgelehnt.

Anmerkung:

Frau Blum-Maurice (Der Paritätische) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

0.2 Antrag der Fraktion Pro Köln "Zweckentfremdung von Haushaltsmitteln durch den Jugendclub Courage Köln e.V."

Herr Uckermann stellt auch diesen Dringlichkeitsantrag ausführlich vor.

Abstimmungsergebnis:

- keine Zustimmungen
- 14 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Enthaltungen

Einstimmig abgelehnt.

Anmerkung:

Frau Blum-Maurice (Der Paritätische) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

0.3 Antrag der Fraktion Pro Köln "Resolution gegen die Demonstration des Jugendclubs Courage Köln e.V."

Herr Uckermann verweist auf seine Eingabe zu dem vorherigen Antrag, und stellt nochmals die Hintergründe dieses dritten Dringlichkeitsantrages vor.

Abstimmungsergebnis:

- keine Zustimmungen
- 14 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Enthaltungen

Einstimmig abgelehnt.

Anmerkung:

Frau Blum-Maurice (Der Paritätische) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**2 Beschlussvorlage:
Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan
0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen
und Interkulturelle Hilfen
hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse
2117/2013**

**2.1 Gemeinsamer Zusatz- und Änderungsantrag der CDU- und FDP-Fraktion
zum TOP "Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teiler-
gebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozial-
leistungen und Interkulturelle Hilfen - hier: Verteilung Globalmittel und
Zweckzuschüsse"
AN/0986/2013**

**2.2 Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. zum TOP "Verteilung von
Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder-
und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkultu-
relle Hilfen - hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse"**

Herr Dr. Heinen bittet – wie bereits vor Eintritt in die Tagesordnung angekündigt - alle befangenen Mitglieder, im Sinne einer klaren Abgrenzung in den beiden hinteren Reihen des Ratssaales Platz zu nehmen, während die objektiv stimmberechtigten Mitglieder im vorderen Teil verbleiben.

Da Herr Dr. Heinen selbst von dem Beschluss betroffen ist, gibt er die Sitzungsleitung an Herrn Dr. Schlieben ab. **Herr Dr. Schlieben** stellt fest, dass die stimmberechtigten Mitglieder wie folgt einzuteilen sind:

| <u>nicht anwesend</u> | <u>anwesend, aber befangen</u> | <u>anwesend, nicht befangen</u> | |
|------------------------------|--------------------------------|---------------------------------|---|
| | Herr Dr. Heinen (SPD) | Herr Karaman (SPD) | 1 |
| | | Herr Schneider (SPD) | 2 |
| | | Frau Mucuk (SPD) | 3 |
| | | Herr Dr. Schlieben (CDU) | 4 |
| Herr Kienitz (CDU) | | Frau Bröhl (CDU) | 5 |
| | | Frau Laufenberg (FDP) | 6 |
| | | | |
| Frau Rabenstein (Grüne) | | Herr Hammer (Grüne) | 7 |
| | | Frau Jahn (Grüne) | 8 |
| | | | |
| Frau Dr. Butterwegge (Linke) | | Herr Pannes (Linke) | 9 |
| | Frau Volland-Dörmann (AWO) | | |
| | | | |

| <u>nicht anwesend</u> | <u>anwesend, aber befangen</u> | <u>anwesend, nicht befangen</u> | |
|----------------------------|--------------------------------|---------------------------------|----|
| Frau Blum-Maurice (Parit.) | | | |
| Frau Komke-S. (Parit.) | | | |
| | Frau Kleine (SKF) | | |
| | | Frau Kupferer (Sportjugend) | 10 |
| | | | |
| | | Herr van Dawen (SJD) | 11 |
| | Herr Krücker (Caritas) | | |
| | Herr Scheiblich (SKM) | | |

Damit nehmen 11 stimmberechtigte, nicht befangene Mitglieder an den folgenden Abstimmungen teil.

Frau Beigeordnete Dr. Klein leitet die Diskussion zur Vorlage samt zugehörigen Änderungsanträgen ein mit dem Hinweis, dass die Kürzung der Globalmittel eine von 70 Einsparvorschlägen gewesen sei, die im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung gemacht werden mussten. Selbstverständlich habe die Verwaltung dies nicht gerne getan.

Dennoch sei im Zuge dessen eine gerechte Verteilung auf Grundlage der Devise „eine Geschäftsstelle → eine Finanzierungsgrundlage“ vorgenommen worden. Man müsse bedenken, dass jedes Projekt und jede Kita in freier Trägerschaft finanziell unterstützt werde, und diese Unterstützung stets Overheadkosten beinhalte. So werde jeder Träger auf Basis von Wichtigkeit und Anzahl seiner Aufgaben gefördert. Die Globalmittel werden *zusätzlich* gewährt, unabhängig von Größe und Aufgabenspektrum.

Sie betont, dass die Stadt Köln noch die hier ansässigen Verbände erfreulicherweise in der Führung ihrer Geschäftsstellen und bei der Arbeit als Interessenvertretung unterstützen könne, während viele andere Kommunen dies bereits nicht mehr leisten können. Man sei froh, noch freiwillige Mittel zu diesem Zweck bereitstellen zu können, insbesondere in Zeiten eines drohenden Haushaltssicherungskonzeptes.

Zunächst stellt **Herr Pannes** den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vor, die Beschlussfassung ein weiteres Mal zu vertagen und die Zeit bis zur nächsten Behandlung zu nutzen, um einen Streitschlichter einzusetzen.

Herr Pannes warnt vor einer Entzweiung der Trägerlandschaft durch die Veränderung eines jahrzehntelang etablierten Verteilungsmodells. Für die zukünftige Zusammenarbeit sei es wichtig, einen Konsens zu erzielen. Der Einsatz eines Schlichters könne ausschlaggebend für die künftige Tragfähigkeit des Kölner Jugendhilfenetzwerkes sein.

Zudem müsse die Verteilung sehr sorgfältig durchdacht und überprüft werden, da der von Frau Beigeordneter Dr. Klein deklarierte Versuch einer „nun gerechten Verteilung“ impliziere, dass in der Vergangenheit *ungerecht* verteilt wurde.

Während Herr Dr. Schlieben den Standpunkt der CDU-Fraktion darlegt, übernimmt Frau Jahn die Sitzungsleitung: **Herr Dr. Schlieben** vermutet, dass SPD-Fraktion und

Bündnis 90/ Die Grünen „über Alles sprechen, jedoch nicht mit Jedem“. Er vermag aus dem Vorschlag von SPD-Fraktion und Bündnis 90/ Die Grünen (Verwaltungsvorschlag) keine objektiven Verteilungsmerkmale zu erkennen, sondern vielmehr eine politische Motivation.

Außerdem habe er den Eindruck gewonnen, dass die politische Spitze und die Verwaltungsleitung durch das Anberaumen von Sitzungen im Wochentakt Druck aufgebaut und der LIGA die notwendige Zeit für weitere Gespräche zu einer Kompromisslösung genommen haben, was seiner Einschätzung nach „Politik mit der Brechstange“ sei.

Herr Dr. Schlieben fragt, ob tatsächlich in der Vergangenheit falsch und ungerecht bezuschusst worden sei und warum erst nach 7 Jahren unter der Leitung der Frau Beigeordneten Dr. Klein eine Wende vollzogen werde. Inwieweit der positive Beschluss aus dem Ausschuss Soziales und Senioren Bestand haben könne, bliebe abzuwarten.

Der gemeinsame Änderungsantrag von CDU- und FDP-Fraktion hingegen sehe eine Abmilderung bzw. Umverteilung der Kürzungen auf 67 % bei der Caritas, 33 % beim DPWV, 50 % bei der Diakonie, 39 % bei der AWO und 37 % beim kleinsten Träger vor. Er bittet die anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder um Zustimmung. Für den Fall, dass dieser Vorschlag nicht ausreichend Zuspruch finde, werde die CDU-Fraktion sich für den Vorschlag der Fraktion Die Linke. aussprechen.

Frau Jahn gibt die Sitzungsleitung nach seinem Wortbeitrag wieder an Herrn Dr. Schlieben ab. Sie hält die wissentliche Boykottierung einer längst fälligen Entscheidung - die den zeitlichen Druck noch weiter erhöhe - für keinesfalls zielführend oder förderlich für eine gute Zusammenarbeit im Jugendhilfeausschuss. Sie plädiert im Namen von Bündnis 90/ Die Grünen für die sofortige Beschlussfassung.

Sie betont, dass der Verwaltungsvorschlag auf Forderung von SPD-Fraktion und Bündnis 90 / Die Grünen bereits in seiner Kürzungsquote von ursprünglich 75 % auf nun 50 % abgemildert worden sei, während CDU und FDP auch die stärkeren Kürzungen in Kauf genommen hätten.

Es gehe hier neben der Geschäftsstellenfinanzierung um die spitzenverbandliche Arbeit, die die Träger hervorragend leisten. Dieser Dank gelte allen betroffenen Trägern gleichermaßen, weshalb sie eine ausgewogene Förderung wünsche. Gegen den Vorwurf, dass einzelne Träger im Rahmen von politischer Motivation und „Klüngerei“ bevorteilt werden, verwehrt sie sich ausdrücklich. Die von CDU und FDP geforderte Objektivität sehe sie in deren eigenem, vorgeschlagenem Verteilungskonzept nicht.

Der vorgelegte Verwaltungsvorschlag sei nachvollziehbar, plausibel und transparent und müsse nun - auch im Sinne einer Planungssicherheit – endlich beschlossen werden. Die Idee, einen Schlichter hinzuzuziehen, sei durchaus vernünftig, dürfe jedoch nicht zu einer weiteren Verzögerung führen, sondern könne *im Nachgang* zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit beitragen.

Herr Uckermann erklärt, dass die Fraktion Pro Köln in den Diskussionen zu den Globalmitteln nicht lediglich „Klüngel“ sehe: im Jugendhilfeausschuss als Fachgremium müsse ganz klar ein fachlicher Austausch, anstelle einer finanziellen Interessenvertretung im Vordergrund stehen. Wenn die Zuschussempfänger selbst über die Mittelverteilung mitbestimmen können, sei Streit vorprogrammiert. Warum Gelder an vielen

Stellen fehlen, sei den Bürgerinnen und Bürgern nur schlecht zu vermitteln, wenn im Jugendhilfeausschuss 370.000 Euro „verschachert“ werden. Er fordert daher eine bessere Aufklärung in Finanzausschuss und Rat. Die Entscheidung dürfe nicht noch weiter hinausgeschoben werden.

Streitschlichtung und Vertagung seien der falsche Ansatz, so **Frau Laufenberg**. Die Situation sei inzwischen zu verfahren, als dass dies Erfolg bringen könne.

Sie erkenne an, dass SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und die Verwaltung in den letzten Wochen politischen Willen gezeigt haben. Den Vorwurf eines Boykotts durch Fernbleiben von CDU- und FDP-Fraktion weist sie jedoch ausdrücklich zurück. Man habe dadurch schlichtweg ein Zeichen setzen wollen, um weitere Diskussionen zu ermöglichen. Frau Laufenberg hält die Verteilung laut Verwaltungsvorlage für den falschen Weg und wirbt um Zustimmung für den Änderungsantrag der CDU- und FDP-Fraktion, da dieser auf Zahlen aus 2012 basiere, als Einigung zwischen den Verbänden bestand. Die Größe der Zuschussempfänger außer Acht zu lassen, müsse folgerichtig die Konsequenz mit sich bringen, dass auch Fraktionszuwendungen für alle Parteien gleich hoch ausfallen.

Sie spricht interne Leistungsvereinbarungen als Basis eines gerechten Verteilungsschlüssels an und appelliert an SPD und Bündnis 90/ Die Grünen, sich diesem Vorhaben anzuschließen.

Frau Laufenberg stellt außerdem klar, dass Planungen zur Kürzung keineswegs klaglos hingenommen worden seien: gerade wegen der vorgesehenen Kürzungen im Jugendbereich habe die FDP-Fraktion den Haushaltsvorschlag 2013/2014 abgelehnt.

Herr Pannes untermalt nochmals seinen Wunsch, die Entscheidung zu vertagen. Zwar kranke die Diskussion an einigen Stellen, doch müsse oberstes Ziel sein, einen Konsens zu erreichen. Planungssicherheit durch eine vorschnelle Entscheidung nütze nicht, wenn das Verhältnis der Träger untereinander danach dauerhaft gespalten sei.

Man habe nicht dazugelernt, findet **Herr Uckermann**. Er hält die Standpunkte der anderen Fraktionen für fachlich nicht belastbar. Der Antrag von CDU und FDP sei so kurzfristig vorgelegt worden, dass eine fundierte Auseinandersetzung nicht möglich gewesen sei. Der Vorschlag der Fraktion Die Linke. ließe wiederum die Frage nach Qualifizierung und Zielsetzung einer Schlichterstelle offen.

Frau Mucuk erklärt, dass Frau Beigeordnete Dr. Klein und Frau Jahn die Position von SPD-Fraktion, Bündnis 90/ Die Grünen und Verwaltungsspitze ausreichend verdeutlicht haben. Sie möchte lediglich noch auf die Stellungnahme Frau Laufenbergs eingehen: sie hält das absichtliche Fernbleiben der FDP von der Sondersitzung für ein äußerst fragwürdiges Zeichen. Entscheidungen zu boykottieren, weil damit verbundene Probleme scheinbar nicht gelöst werden können, könne keine respektable, politische Vorgehensweise sein.

Ergänzend erklärt **Frau Jahn**, dass der Abschluss von Leistungsvereinbarungen in keinem Zusammenhang mit den Globalmitteln zu sehen sei. Eine Ausweitung der Diskussion sei nicht sinnvoll, da eine Einigung nicht erzwungen werden könne. Die Entscheidung solle daher heute fallen.

Herr Dr. Schlieben stellt zunächst den weitgehendsten Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zur Entscheidung, welcher mündlich vorgetragen wurde:

Die Fraktion Die Linke. beantragt, folgenden **Beschluss** zu fassen:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – vertagt die Entscheidung über die Vergabe der Globalmittel, um die Einigung der Träger und Parteien mithilfe eines Streitschlichters zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

- 3 Zustimmungen: CDU-Fraktion (2), Fraktion Die Linke. (1)
- 6 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), Bündnis 90/ Die Grünen (2), SJD Die Falken (1)
- 2 Enthaltungen: FDP-Fraktion (1), Sportjugend (1)

Mehrheitlich abgelehnt.

Anmerkungen:

Frau Blum-Maurice (Der Paritätische) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Herr Dr. Heinen (SPD-Fraktion), Frau Kleine (SKF), Herr Krücker (Caritasverband), Frau Volland-Dörmann (AWO) haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit). Anstelle Herrn Dr. Heinens stimmte sein nicht betroffener Vertreter, Herr Karaman, ab.

Nun lässt Herr Dr. Schlieben über den als Tischvorlage ausgeteilten, gemeinsamen Änderungsantrag von CDU- und FDP-Fraktion abstimmen.

Die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion beantragen, folgenden, geänderten **Beschluss** zu fassen:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung für den Jugendbereich wird wie folgt *ersetzt*:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - beschließt, die in 2014 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 370.000,00 Euro wie folgt zu gewähren:

| Spitzenverband/Globalmittel | Zuschussbetrag |
|------------------------------------|-----------------------|
| Paritätischer Wohlfahrtsverband | 120.000 Euro |
| Caritasverband | 120.000 Euro |
| Diakonisches Werk | 55.000 Euro |
| Arbeiterwohlfahrt | 55.000 Euro |
| Deutsches Rotes Kreuz | 20.000 Euro |
| Summe | 370.000 Euro |

Abstimmungsergebnis:

- 5 Zustimmungen: CDU-Fraktion (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Sportjugend (1)
- 6 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), Bündnis 90/ Die Grünen (2), SJD Die Falken (1)
- keine Enthaltungen

Mehrheitlich abgelehnt.

Anmerkungen:

Frau Blum-Maurice (Der Paritätische) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Herr Dr. Heinen (SPD-Fraktion), Frau Kleine (SKF), Herr Krücker (Caritasverband), Frau Volland-Dörmann (AWO) haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit). Anstelle Herrn Dr. Heinens stimmte sein nicht betroffener Vertreter, Herr Karaman, ab.

Zuletzt wird die ursprüngliche Verwaltungsvorlage zur Beschlussfassung gestellt:

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Ausschuss für Soziales und Senioren, eine Verteilung der in 2014 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 467.800,00 Euro wie folgt zu beschließen:

| Spitzenverband/Globalmittel | Zuschussbetrag |
|------------------------------------|-----------------------|
| Arbeiterwohlfahrt | 100.454,91 Euro |
| Caritasverband | 100.454,91 Euro |
| Diakonisches Werk | 100.454,91 Euro |
| Der Paritätische | 100.454,91 Euro |
| Deutsches Rotes Kreuz | 31.038,09 Euro |
| Synagogengemeinde (Sockelbetrag) | 25.648,14 Euro |

| Spitzenverband/Mitglied/Zweckzuschüsse | |
|---|------------------------|
| Heilsarmee | 1.176,64 Euro |
| DRK Suchdienst | 1.817,89 Euro |
| Synagogengemeinde | 2.910,60 Euro |
| Mitternachtsmission | 1.975,18 Euro |
| DRK Personalzuschuss z. Betreuung v. Selbsthilfegruppen | 1.413,80 Euro |
| Summe | 467.800,00 Euro |

2. Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt, die in 2014 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 370.000,00 Euro wie folgt zu gewähren:

| Spitzenverband/Globalmittel | Zuschussbetrag |
|------------------------------------|------------------------|
| Arbeiterwohlfahrt | 90.042,44 Euro |
| Caritasverband | 90.042,44 Euro |
| Diakonisches Werk | 90.042,44 Euro |
| Der Paritätische | 90.042,44 Euro |
| Deutsches Rotes Kreuz | 9.830,24 Euro |
| Summe | 370.000,00 Euro |

Im Haushaltsjahr 2014 stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) Mittel in Höhe von 370.000,00 Euro und im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) Mittel in Höhe von 467.800,00 Euro zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 6 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), Bündnis 90/ Die Grünen (2), SJD Die Falken (1)
- 5 Gegenstimmen: CDU-Fraktion (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Sportjugend (1)
- keine Enthaltungen

Mehrheitlich zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Blum-Maurice (Der Paritätische) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Herr Dr. Heinen (SPD-Fraktion), Frau Kleine (SKF), Herr Krücker (Caritasverband), Frau Volland-Dörmann (AWO) haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit). Anstelle Herrn Dr. Heinens stimmte sein nicht betroffener Vertreter, Herr Karaman, ab.

3 Mitteilung: Eilentscheidungen des Verwaltungsgerichtes hinsichtlich der Vergabe von Kita-Plätzen 2580/2013

Da Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen lediglich zum Themenbereich „Globalmittel“ befangen war, übernimmt er nun wieder die Sitzungsleitung.

Die als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung der Verwaltung zu den aktuellen Eilentscheidungen des Verwaltungsgerichts liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 1 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein geht auf die Hintergründe der angekündigten Beschwerden vor dem Oberlandesgericht Münster ein:

- a) Die Stadt Köln wehre sich gegen eine Eilentscheidung des Verwaltungsgerichtes Köln, wonach ein Betreuungsplatz maximal 5 Kilometer vom Wohnort entfernt sein dürfe. Die schematische Kilometer-Begrenzung sei, insbesondere im Großstadtbereich, nicht angemessen. Vielmehr müsse auf den Zeitaufwand abgestellt werden, der maßgeblich von der ÖPNV-Anbindung bestimmt werde. So habe beispielsweise das Verwaltungsgericht Düsseldorf eine 40-minütige Fahrzeit als Zumutbarkeitsgrenze deklariert.
- b) Die Stadt Köln habe weiterhin vorgehabt, Beschwerde gegen eine zweite Eilentscheidung einzureichen, wonach die klageführenden Eltern nicht auf einen Tagespflegeplatz für ihr Kind verwiesen werden dürfen, obwohl ein Kita-Platz gewünscht war.
Rechtsgutachten stützen die Auffassung, dass die Betreuung durch Tagespflegepersonen der Betreuung in einer Kindertagesstätte gleichgestellt sei. Die geplante Beschwerde habe sich inzwischen wiederum erledigt, da die betroffenen Eltern wenige Tage nach Entscheidung mitteilen ließen, dass ein Kita-Platz gefunden worden sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein versichert, dass die Inhalte der Beschwerden sowohl mit dem Deutschen Städtetag, als auch dem Landesministerium abgestimmt seien. Wie erwartet, seien ansonsten bisher nur wenige Klageverfahren anhängig.

Frau Laufenberg bestärkt die Verwaltung in ihrer Gangrichtung. Ohnehin sei sie der Auffassung, dass ein Großteil der Eltern Wert auf die Nähe zum *Arbeitsplatz* und nicht die Nähe zum Wohnort lege. Sie erkundigt sich nach einer Möglichkeit, elterliche Wünsche zu Ort und Form der Betreuung im online-Anmeldesystem zu erfassen, um eine effektivere Platzvergabe zu erreichen. Herr Dr. Heinen unterstützt diesen Wunsch.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Jahn begrüßt die geringe Klagequote. Dennoch müsse auch mit den wenigen, laufenden Klageverfahren sorgsam umgegangen werden, deswegen unterstütze sie die Herbeiführung einer Grundsatzentscheidung durch höhere Instanzen. Auf ihre Frage, ob die Beschwerde bereits eingereicht worden sei, bestätigt Frau Beigeordnete Dr. Klein, dass dies am heutigen Tage (26.07.2013) geschehen sei.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez. Petra Lohmann (Schriftführerin)